Rheder Volkszeitung

Bezugspreis: 2,55 Mk. monatlich.

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfing Werth: Th. Parra: Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 78 | Mittwoch, den 19. März 1930 | Jahrgang 1930

Der Reichspräsident unterzeichnet das deutsch-polnische Liquidationsabkommen.

Aufforderung um Vorlegung eines Ostprogramms.

::Berlin, 18. März. Der Reichspräsident hat heute das das deutsch-polnische Liquidationsabkommen enthaltende „Gesetz über die Abkommen zur Regelung von Fragen des Teiles X des Vertrages von Versailles" unterschrieben und bei dieser Gelegenheit an den Reichskanzler das nachstehende Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Aus dem gestrigen Vortrag des Herrn Reichsjustizministers und der mit ihm bei mir erschienenen Herren habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß gegen das vom Reichstag verabschiedete Zustimmungsgesetz zum deutsch-polnischen Liquidationsabkommen verfassungsrechtliche Bedenken nicht bestehen. Ich habe gelegentlich des mir erstatteten Berichtes auch Kenntnis davon genommen, daß Rechtsgutachter, welche die Regierungsvorlage als verfassungsändernd ansahen, jetzt

ihre Bedenken als behoben erachten,

nachdem der Reichstag in der Entschädigungsfrage eine von der ursprünglichen Vorlage abweichende Regelung beschlossen hat. Demgemäß habe ich nunmehr das Gesetz über die Abkommen zur Regelung von Fragen des Teiles X des Vertrages von Versailles ausgefertigt und zur Verkündung an das Reichsgesetzblatt weitergeleitet.

Bei meiner Entscheidung habe ich den von einer starken Minderheit des Reichstages gegen das deutsch-polnische Liquidationsabkommen erhobenen Widerspruch durchaus gewürdigt, besonders verstehe ich die im notleidenden Osten unseres Vaterlandes gegenüber dem Gesetz und dem bevorstehenden deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommen vorhandenen Widerstände. Das Liquidationsabkommen hat in erster Linie zum Ziele,

die deutschen Stammesgenossen jenseits unserer Grenze auf ihrer Scholle und in ihrer Existenz zu erhalten.

Ich will hoffen, daß dieses Ziel durch den neuen Vertrag voll erreicht wird. Aber in Verbindung hiermit erwächst uns die Pflicht, unserem Ostpreußen und den anderen Brüdern im deutschen Osten in ihrer Not, die aufs höchste gestiegen ist, zu helfen und auch ihnen den Acker, von dem sie leben, zu bewahren. Daß auch hier rasch und tatkräftig gehandelt wird, muß ich in dieser Stunde, in der ich trotz mancher Bedenken auch dieses Gesetz ausfertige, von der Reichsregierung nachdrücklich verlangen. In meiner Kundgebung vom 13. März habe ich mich dahin ausgesprochen, daß

der politische Kampf der letzten Monate nun einer entschlossenen praktischen Arbeit Platz machen muß.

Für diese praktische Arbeit eröffnet sich hier ein ganz besonders bedeutsames Gebiet. Zunächst ist erforderlich, daß die zur Zeit zur Beratung stehenden Agrarmaßnahmen, die der gesamten Landwirtschaft zugute kommen sollen, aber für den Osten besonders lebensnotwendig sind, mit aller Beschleunigung und in einem Umfange durchgeführt werden, der der deutschen Landwirtschaft in allen ihren Betrieben, den großen wie den bäuerlichen, für die Dauer die Lebensfähigkeit wiedergibt. Diese allgemeinen Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft werden aber für den verzweifelt um seine Existenz ringenden Osten allein nicht ausreichen. Für den Osten muß, beginnend mit den besonders gefährdeten Gebieten, noch eine wirksame finanzielle Hilfsaktion hinzutreten. Viele landwirtschaftliche Betriebe, Güter, wie Bauernhöfe, sind in einem Grade überschuldet und mit so hohen Zinsleistungen belastet, daß es ihnen unmöglich ist, aus den Erträgnissen auch nur die Zinsen aufzubringen und aus eigener Kraft die Ueberschuldung und damit den Verlust der Scholle abzuwehren. Hier

müssen große Mittel bereitgestellt werden,

um den Eigentümern Zuschüsse zu den übermäßig hohen Zinssätzen zu geben, ihnen die Umschuldung zu ermöglichen und ihnen den Besitz zu erhalten, der die Grundlage für die Existenz fast der gesamten Bevölkerung des Ostens ist. Geschieht dies nicht, dann ist der Zusammenbruch vieler Landwirte und die Abwanderung zahlreicher Menschen aus dem Osten unaufhaltbar.

Ich weiß wohl, daß es

bei der schlechten Finanzlage des Reiches schwer ist,

die hierfür erforderlichen erheblichen Mittel aufzubringen; aber die unmittelbare Not, die den deutschen Osten in seiner Gesamtheit bedroht, zwingt dazu, diese Summen zu beschaffen. Ein Teil derselben wird — so nehme ich an — aus den gesteigerten Erträgnissen, welche die erhöhten Zölle einbringen, verfügbar gemacht werden können. Soweit dies nicht ausreicht, erscheint es mir ein gerechter Ausgleich, wenn weitere Mittel aus der Industriebelastung, deren schrittweiser Abbau im Finanzprogramm der Reichsregierung vorgesehen ist, dadurch entnommen werden, daß

der Abbau der Industrieabgabe im Tempo verlangsamt und im Ausmaß gemindert wird.

Die in den letzten Jahren abgeschlossenen Handelsverträge und das gestern zwischen Deutschland und Polen paraphierte neue Wirtschaftsabkommen haben, um der deutschen Industrie neue Absatzmöglichkeiten zu verschaffen, der Landwirtschaft durch Zulassung der Einfuhr von Agrarerzeugnissen große Opfer auferlegt und in weiten Kreisen, gerade im Osten, die Meinung einer absichtlichen Vernachlässigung der landwirtschaftlichen Lebensinteressen aufkommen lassen. Es erscheint mir billig und recht und auch zur Beseitigung dieser Mißstimmung geeignet, wenn nun

in diesen Notjahren der Landwirtschaft von der Industrie ein gewisser Ausgleich gewährt

wird und dies in der Weise geschieht, daß alljährlich, etwa auf die Dauer der nächsten fünf Jahre, aus der Industriebelastung Beträge für landwirtschaftliche Zwecke zur Verfügung gestellt werden. Es ist in der letzten Zeit viel über die Verbundenheit der landwirtschaftlichen und der industriellen Produktion gesprochen und geschrieben worden. Hier ist ein Gebiet, wo sich diese Verbundenheit praktisch betätigen und nicht nur zur Sanierung der produktiven landwirtschaftlichen Betriebe, sondern auch zu allgemeinwirtschaftlichen Zwecken, nämlich zur Stärkung des Binnenmarktes und zur Besserung unserer Handelsbilanz beitragen kann. Aus Besprechungen, die ich in der letzten Zeit mit einzelnen Führern der deutschen Industrie hatte, habe ich den Eindruck gewonnen, daß dieser Gedanke der Verbundenheit und des Ausgleiches auch in der Industrie — trotz eigener Sorge und trotz der Klagen über die hohen, die Produktion bedrückenden Lasten — Verständnis findet.

Im Hinblick auf die Stellung, welche die Reichsverfassung dem Reichspräsidenten einräumt,

will und kann ich nicht hier ein genau umrissenes Programm und bestimmten Weg festlegen.

Aber es ist mir eine Gewissenspflicht, die Reichsregierung eindringlich aufzufordern, mit aller Beschleunigung auf solcher Grundlage ein Ostprogramm aufzustellen und es nach seiner Verabschiedung durch die gesetzgebenden Körperschaften gemeinsam mit Preußen durchzuführen. Bei der Durchführung der Hilfsmaßnahmen im Einzelnen halte ich es für geboten, die Mitarbeit der landwirtschaftlichen Vertretungen und Vertrauensstellen der Ostprovinzen selbst mit einzuschalten.

Nachdem die seit langem schwebenden außenpolitischen Fragen nunmehr ihre gesetzliche Regelung gefunden haben, muß

neben der Sanierung unserer Finanzen nun entschlossen an die Gesundung unserer Landwirtschaft und an die Wiederaufrichtung des zusammenbrechenden Ostens herangegangen werden.

Nur in der bestimmten Erwartung, daß dies geschieht, habe ich meine eigenen Bedenken gegen das deutsch-polnische Liquidationsabkommen und das gestern paraphierte deutsch-polnische Handelsabkommen zurückzustellen vermocht und dem Gesetz meine Unterschrift geben können.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung und freundlichen Grüßen bin ich Ihr sehr ergebener

v. Hindenburg.

Wie Wolff's Telegraphisches Bureau erfährt, begrüßt die Reichsregierung das Schreiben, das der Herr Reichspräsident anläßlich der Unterzeichnung des Gesetzes über die Abkommen zur Regelung von Fragen des Teiles X des Vertrages von Versailles an den Reichskanzler gerichtet hat, mit besonderer Genugtuung. Man sieht in amtlichen Kreisen in dem Schreiben eine wertvolle Unterstützung der Schritte zur Behebung der Notlage der Landwirtschaft, besonders im östlichen Deutschland, die die Reichsregierung in letzter Zeit unternommen hat, und die gerade heute abend zu einer weitgehenden Verständigung der Regierungsparteien über die sofort zu ergreifenden gesetzgeberischen Maßnahmen geführt haben.

Verständigung über das Agrarprogramm.

Zollerhöhungen und Maismonopol.

— Berlin, 18. März. Die interfraktionellen Verhandlungen der Regierungsparteien über die Agrarzölle haben, abgesehen von geringfügigen Meinungsverschiedenheiten in der Zuckerpreisfrage am Dienstag abend zu einer Verständigung geführt. Die Fraktionsvertreter wollen am Mittwoch vormittag die endgültige Formulierung der Anträge vornehmen.

Der Weizenzoll soll um 2,50 Mark auf 12 Mark je Doppelzentner erhöht werden. Beim Roggen bleiben die bisherigen Zollbestimmungen bestehen. Der Gerstenzoll soll auf 10 Mark heraufgesetzt werden, mit der Möglichkeit einer Zollermäßigung auf 2 Mark, wenn der Nachweis erbracht wird, daß der Käufer eine bestimmte Menge Roggen zur Verfütterung erworben hat. Wer demnach einen Zentner Roggen zu Futterzwecken braucht, hat die Berechtigung, zwei Zentner Gerste zum verbilligten Zollsatz von 2 Mark einzuführen.

Hafer, der bisher einen festen Zollsatz von 6 Mark je Tonne hatte, wird nunmehr auch variabel gestaltet und zwar soll die Zollspanne 4 bis 12 Mark betragen.

Der Mehlzoll soll auf das 1½fache des entsprechenden Getreidezolls festgesetzt werden zuzüglich einer Preisschutzspanne von 5,25 Mark je Doppelzentner.

Kleie soll mit einem Zoll von jeweils der Hälfte des in Geltung befindlichen Getreidezolls belegt werden, ausgenommen Weizenkleie. Die Zollfestsetzung soll in Zukunft auf der Grundlage des Durchschnittspreises von vier Monaten errechnet werden, während bisher drei Monate die Grundlage bildeten.

Beim Weizen ist eine sogenannte Katastrophenklausel eingeführt worden, die besagt, daß Regierung, Reichsrat und ein Reichstagsausschuß ermächtigt sind, den Zoll weiter heraufzusetzen, wenn der Weltmarktpreis bis 40 v. H. unter den am 18. März geltenden Preis heruntersinkt.

Der Kartoffelzoll soll vom 15. Februar bis 31. März statt 4 Mark 20 Mark betragen. Diese Maßnahme richtet sich gegen die Einfuhr der als Luxusgenußmittel betrachteten sogenannten Maltakartoffeln.

Das Maismonopol soll in der Weise zur Durchführung kommen, daß von einem Ermächtigungsgesetz Abstand genommen wird. Es werden vielmehr Sozialdemokraten, Zentrum und Bayrische Volkspartei das Maismonopol als Initiativgesetz einbringen. Von der Deutschen Volkspartei und den Demokraten wurden bei den Verhandlungen noch Bedenken dagegen geäußert. Doch wird an der Annahme des Maismonopols nicht gezweifelt.

Shurman über Hindenburg.

„Deutschland hat den Krieg nicht verursacht".

× Newyork, 18. März. Zu Ehren des früheren amerikanischen Botschafters in Berlin, Dr. Jacob Gould Shurmann, fand gestern abend in der Carnegie-Hall unter dem Vorsitz von Bernard Ridder eine von deutsch-amerikanischen Vereinen und sonstigen Körperschaften Newyorks veranstaltete große Empfangsfeier mit musikalischer Umrahmung statt. Die Redner, unter ihnen als deutscher Festredner Professor Dr. Albert B. Faust von der Cornell-Universität, feierten die Verdienste, die sich Dr. Shurmann als Botschafter und Brückenbauer zwischen Deutschland und Amerika erworben hat. Sie sprachen ihm den Dank der Deutsch-Amerikaner aus für die hervorragende Förderung des deutsch-amerikanischen Freundschaftswerkes.

Shurmann antwortete auf die an ihn gerichteten Ansprachen in einer längeren Rede, in der er ausführte: „Deutschland hat nicht das Verbrechen begangen, den Weltkrieg zu verursachen, es hat aber das Unglück gehabt, ihn zu verlieren." Shurmann wies auf die Anstrengungen hin, die Deutschland gemacht habe, um die Kriegsschäden im Lande auszugleichen. Deutschland beuge sich der höhern Gewalt, aber es betone noch immer seine Unschuld am Weltkrieg. Dann kam Shurmann auf den Neuen Plan zu sprechen und führte aus, daß Deutschland durch ihn zum ersten Male endgültig die Last, die es tragen müsse, kennengelernt habe. Reichspräsident von Hindenburg habe auf die Annahme des Young-Planes durch Deutschland einen großen und heilsamen Einfluß ausgeübt. Er habe sich damit von neuem als loyaler Unterstützer der parlamentarischen Regierung und als stärkstes Bollwerk der Republik erwiesen. Sein scharfes Urteil, sein furchtloser Mut, sein Patriotismus und die Liebe zu seinem Volke gäben ihm auf der Grundlage seiner Deutschland geleisteten beispiellosen Dienste ein Ansehen und einen Einfluß, wie sie kein anderes Staatsoberhaupt in der Welt zurzeit besitze. Trotzdem übe er seine Macht und seinen Einfluß immer nur zur Unterstützung der verfassungsmäßigen Regierung und zur Stärkung der Republik aus. Shurmann sprach weiter die Erwartung aus, daß Deutschland wieder eine den größten Weltmächten ebenbürtige Macht werden würde. Deutschland und Amerika hätten politische Ideale, die sich zum großen Teil decken. Indem wir, so schloß Shurmann, die Friedensbande mit Deutschland befestigen, einigen wir alle friedliebenden Nationen in der Freundschaft mit uns und stärken die Grundlagen des Friedens in der ganzen Welt.

Botschafter v. Prittwitz, der bei der Feier durch Generalkonsul Schwartz vertreten war, hatte ein Begrüßungstelegramm gesandt.

Der deutsch-polnische Handelsvertrag.

Fünf Jahre lang haben die Verhandlungen über den deutsch-polnischen Handelsvertrag gedauert. Zum Zollkrieg ist es darüber gekommen, und nicht weniger als drei Verhandlungsführer hat es auf deutscher Seite nach und nach bedurft, bis es gelang, mit den Polen ins Reine zu kommen. Erst stand Staatssekretär Dr. Lewald an der Spitze der deutschen Delegation, dann folgte der frühere Reichsminister und derzeitige Präsident der Vereinigung der deutschen Bauernvereine, der Zentrumsabgeordnete Dr. Hermes, und schließlich der deutsche Gesandte Ulrich Rauscher, der die Verhandlungen mit dem polnischen Minister Twardowski, einem Beamten aus dem alten österreichischen Staatsdienst, zum Abschluß gebracht hat.

Der Handelsvertrag wurde auf deutscher Seite von zwei Seiten bekämpft: erstens von der nieder- und oberschlesischen Kohlenindustrie und zweitens von der Landwirtschaft. Die Kohlenindustrie wies darauf hin, daß die geförderte Tonne Kohlen im polnischen Teile Oberschlesiens infolge der erheblich geringeren Löhne nur etwa die Hälfte der im deutschen Schlesien geförderten Tonne Kohle koste, daß darum jede Tonne, die aus Polen eingeführt werde, automatisch eine entsprechende Reduzierung der Kohlenförderung in Nieder- und Oberschlesien und damit Feierschichten und Arbeiterentlassungen, also eine erhebliche Steigerung der jetzt schon vorhandenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, eine unerträglich erscheinende Verringerung des schlesischen Kohlenabsatzes zur Folge haben müßten. Nun ist aber gerade eins der beiden großen deutschen Zugeständnisse im Handelsvertrag das Kohlenkontingent von 320000 Tonnen monatlich, daß Polen mit dem Inkrafttreten der vertraglichen Vereinbarungen erhalten wird.

Noch größer ist die Beunruhigung, die durch die Gewährung des Schweinekontingents in deutschen landwirtschaftlichen Kreisen ausgelöst worden ist. Das Kontingent ist freilich an sich nicht groß. Es beträgt im ersten Vertragsjahr 200 000 Stück (etwa 1 v. H. des deutschen Jahresverbrauchs); im zweiten Vertragsjahr steigt es, aber auch erst in der zweiten Hälfte, um 75 000 Stück. Im dritten Vertragsjahr tritt eine weitere Erhöhung — gleichfalls erst in der zweiten Hälfte des Jahres — um 75 000 Stück ein. Das Kontingent bleibt dann in einer Gesamthöhe von 350000 Stück im Jahr fest. In deutschen landwirtschaftlichen Kreisen ist hierbei auch bemängelt worden, daß sich die deutschen Unterhändler auf die Berechnung nach Stück, statt nach Doppelzentnern eingelassen haben, weil die polnischen Schweine meist über 200 Pfund wiegen. Die Forderung der deutschen Landwirtschaft in der Richtung, daß die polnische Schweineeinfuhr möglichst wenig fühlbar gemacht und daß eine Seuchendrohung der deutschen Schweinezucht unter allen Umständen vermieden werde, ist allerdings zum großen Teil erfüllt worden. Lebende polnische Schweine dürfen nur nach Seegrenzschlachthöfen eingeführt werden, geschlachtete Tiere nur nach genau bezeichneten Konservenfabriken. Von den deutschen veterinär-polizeilichen Bestimmungen ist im Vertragsentwurf nichts preisgegeben worden. Stellt sich bei einem Transport lebender Schweine heraus, daß auch nur ein einziges Tier an Schweinepest erkrankt ist, so wird der gesamte Transport zurückgewiesen oder ausreichenden Schutzbestimmungen (Ablochen) unterworfen, die einer Prohibition nahekommen. Die

Schiffskatastrophe auf dem Magdalenen-Strom.

:: Newyork, 18. März. Nach einer Meldung des Associated Preß aus Bogota haben infolge eines Brandes an dem Dampfer „Bucaramanga", der im Magdalenen-Strom vor Anker lag, mindestens 20 Fahrgäste und mehrere Mann der Besatzung den Tod gefunden. Der Dampfer hatte Petroleum geladen. Das Feuer brach nachts aus, was die Panik unter den Fahrgästen noch vergrößerte. Ein Teil von ihnen wurde niedergetrampelt, andere sprangen in den Fluß, wo sie ertranken oder in dem auf dem Wasser brennenden Petroleum verbrannten. Der Kapitän fand den Tod in den Flammen des brennenden Schiffes.

★

2000 Menschen von chinesischen Räubern niedergemetzelt.

:: Newyork, 18. März. Wie Associeted preß aus Schanghai meldet, besagen chinesische Berichte, die dort mit einiger Verspätung eingetroffen sind, daß eine kommunistische Räuberbande zu Anfang dieses Monats den Ort Fuan in der Nähe von Kiansu in der Provinz Kiangsi überfallen, die ganze Ortschaft ausgeplündert und alle Beamte sowie 2000 Männer, Frauen und Kinder niedergemetzelt hat.

polnische Schweineeinfuhr unterliegt übrigens den geltenden Zollsätzen. Der Zoll für geschlachtete Schweine ist Ende vorigen Jahres von 32 auf 45 Mark je Doppelzentner erhöht worden. Der Zoll für lebende Schweine ist nur von 16 auf 18 Mark erhöht worden. Dagegen gilt die Bestimmung, daß sich der Zoll für lebende Schweine um neun Mark erhöht, wenn der Großhandelsschweinepreis unter 70 Mark für den Zentner Lebendgewicht sinkt.

Der Vertrag sieht erfreulicherweise eine Kündigungsmöglichkeit in verhältnismäßig kurzer Zeit vor. Während polnischerseits eine mehrjährige Dauer des Vertragsverhältnisses gewünscht wurde, ohne daß eine Kündigung erfolgen könnte, haben sich die deutschen Unterhändler mit Erfolg für eine vorläufige einjährige Dauer eingesetzt. Der Vertrag kann neun Monate nach Inkrafttreten mit dreimonatiger Frist gekündigt werden. Er ist also vorläufig auf ein Jahr begrenzt. Wird nach neun Monaten keine Kündigung ausgesprochen, so läuft der Vertrag stillschweigend weiter, bis er zu irgendeinem Zeitpunkt mit sechsmonatiger Frist gekündigt wird. Sollte sich also bis zum ersten, neun Monate nach dem Inkrafttreten liegenden Kündigungstermin herausstellen, daß der Vertrag untragbar ist und daß die Maßnahmen zur Hintanhaltung von Schädigungen der deutschen Landwirtschaft nicht ausreichen, so wird man sich zu neuen Verhandlungen entschließen müssen. Der Reichsverband der deutschen Industrie, der, außerordentlich stark interessiert an dem Zustandekommen des Handelsvertrages, eine Bürgschaft einerseits für die Abnahme des polnischen Schweinekontingents, anderseits für die Verhinderung der Beeinträchtigung der Viehmärkte durch das Angebot polnischer Schweine und damit für die Aufrechterhaltung angemessener Preise für deutsche Schweine übernommen hat, wird hoffentlich Mittel und Wege finden, Vertragskrisen hintanzuhalten.

Als der wahrscheinlichste Termin für das Inkrafttreten des Vertrages wird der 1. Juli ds. Js. angesehen. Ohne Frage wird das Abkommen zuvor im Reichstag noch erheblichen Widerständen begegnen, die namentlich von den im Osten gewählten Abgeordneten, aber auch aus begreiflichen Gründen von allen Vertretern der Landwirtschaft ausgehen werden. Ist bei einem Handelsvertrag auch stets das Gesamtinteresse der deutschen Wirtschaft ins Auge zu fassen, so fällt dieser Vertragsabschluß doch gerade in eine Zeit, in der unsere Landwirtschaft nicht aus noch ein weiß, um der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Herr zu werden und auch der gesamte deutsche Osten in allen seinen Wirtschaftszweigen so daniederliegt, daß man dort in vielen Kreisen von Verzweiflung nicht weit entfernt ist. Kurzum: der deutsch-polnische Handelsvertrag ist eine ziemlich bedenkliche Angelegenheit.

*

Ein Interview mit Zaleski.

● **Warschau**, 18. März. Außenminister Zaleski gab in einem Interview, das er „Kurjer Polski" gewährte, seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Handelsvertrages noch vor der Annahme der Demission der Regierung durch den Staatspräsidenten erfolgt sei. Auf diese Weise habe er noch vor seinem Rücktritt an einer wichtigen Handlung teilnehmen können, die zur deutsch-polnischen Entspannung beitragen müsse. Der Minister stellte im weiteren Verlaufe der Unterredung fest, daß sich in dem vorliegenden Vertrage beide Staaten gleichwertige Zugeständnisse gemacht hätten. Nur ein solcher Vertrag sei real, der die Probe der Zeit bestehen könne. Wenn ein Vertrag einen Partner allzusehr bevorzuge, so werde er von kurzer Lebensdauer sein, da ihn die benachteiligte Seite bei nächster Gelegenheit aufkündige. Die zu überwindenden Schwierigkeiten seien ungeheuer gewesen. Man hätte die Interessen der Industrie und der Landwirtschaft der beiden Länder in Einklang bringen müssen. Der Minister betont, daß man hier seiner Auffassung nach eine gerechte Lösung dieses schwierigen Problems gefunden habe.

*

Gründung einer deutsch-polnischen Handelskammer.

✓ **Breslau**, 18. März. Nachdem der Handelsvertrag mit Polen zum Abschluß gekommen ist, hat der im Mai 1927 gegründete deutsch-polnische Wirtschaftsbund mit dem Sitz in Breslau nach Fühlungnahme mit den maßgebenden Wirtschaftsvertretungen seine Umwandlung in eine deutsch-polnische Handelskammer vollzogen. Die handelsgerichtliche Eintragung ist bereits erfolgt. Vorsitzender ist der Präsident der Industrie- und Handelskammer Breslau und Mitglied des Reichswirtschaftsrates, Dr. jur. Dr. ing. h. c. Grund. In der in Kürze einzuberufenden Generalversammlung soll die Ausdehnung des Tätigkeitsbereiches der neuen Handelskammer beschlossen werden. Der Vorstand wird erweitert insbesondere durch die Vertreter der Spitzenverbände und führende Persönlichkeiten aus dem Reich. Eine Zweigstelle ist inzwischen in Berlin errichtet worden.

Annahme des Republikschutzgesetzes.

Mit 265 gegen 150 Stimmen. / Keine Aussetzung der Verkündung.

Auch das Reichsministergesetz angenommen.

:: **Berlin**, 18. März.

Auf der Tagesordnung des Reichstages stehen die Abstimmungen in dritter Beratung zum Republikschutzgesetz. Präsident Loebe teilt mit, daß von den Deutschnationalen und den Kommunisten die Aussetzung der Verkündung des Gesetzes beantragt worden ist. Abg. Dittmann (S.) beantragt daraufhin, das Gesetz für dringlich zu erklären.

§ 6, der die Beschimpfung der Republik, der Flaggen, der Regierungsmitglieder usw. mit Strafe bedroht, wird nach Ablehnung aller Aenderungsanträge in namentlicher Abstimmung mit 265 gegen 151 Stimmen angenommen. § 10, der die Länder unter bestimmten Voraussetzungen zur Auflösung von Vereinen ermächtigt, wird mit 266 gegen 148 Stimmen angenommen. Alle anderen Bestimmungen des Gesetzes werden gleichfalls in der Fassung der zweiten Beratung angenommen.

Die namentliche Schlußabstimmung ergibt die Annahme des Gesetzes mit 265 gegen 150 Stimmen. Für das Gesetz haben nur die Regierungsparteien gestimmt. Das Abstimmungsresultat wird von den Kommunisten mit lauten Pfui-Rufen aufgenommen.

Nunmehr wird durch Auszählung festgestellt, ob ein Drittel der anwesenden Abgeordneten für die von den Deutschnationalen und den Kommunisten beantragte Aussetzung der Verkündung des Gesetzes ist. Für die Aussetzung stimmen Deutschnationale, Nationalsozialisten, Christlich-Nationale und Kommunisten. Die Wirtschaftspartei bleibt der Abstimmung fern. Nur der Abgeordnete Lucke stimmt mit Ja. Präsident Loebe teilt mit, daß 120 Abgeordnete für, 255 gegen die Aussetzung gestimmt haben, daß also das für den Aussetzungsbeschluß erforderliche Drittel nicht erreicht ist.

Damit ist der sozialdemokratische Dringlichkeitsantrag gegenstandslos geworden.

Hierauf wird das Reichsministergesetz in der namentlichen Schlußabstimmung angenommen. Damit ist, wie Präsident Loebe feststellt, die für verfassungsändernde Gesetze erforderliche Zweidrittelmehrheit erreicht.

Der Vorschlag des Präsidenten, heute noch den Antrag der Regierungsparteien zu beraten, der den öffentlichen Anschlag der Kundgebung des Reichspräsidenten zum Youngplan fordert, scheitert am Widerspruch der Rechten.

Um 4,30 Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch 11 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die Zoll- und Steuervorlagen und der Antrag auf öffentlichen Anschlag der Reichspräsidentenkundgebung.

*

Kurze erste Beratung der Deckungsvorlage.

:: **Berlin**, 18. März. In der Besprechung der Finanzsachverständigen der Regierungsparteien im Reichstage am Dienstag nachmittag teilte Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer mit, daß er am Mittwoch die Zoll- und Steuervorlagen bei der ersten Lesung kurz begründen werde. Es stellte sich heraus, daß sich die Regierungsparteien auf kurze Reden beschränken werden, sodaß man mit einer Beendigung der ersten Lesung am Mittwochabend rechnen kann. Die Beratung der Vorlagen im Steuerausschuß des Reichstages wird jedoch, wie das VDZ.-Büro hört, mit Rücksicht auf den Parteitag der Deutschen Volkspartei erst in der nächsten Woche beginnen können.

Neuer Ausfall Pilsudskis gegen das Parlament.

„Lumpenhunde" ohne Ehre.

▲ **Warschau**, 18. März. In den Morgenblättern erscheint ein in überaus scharfen Worten gehaltener Artikel des Marschalls Pilsudski, in welchem er die Gründe darlegt, die ihn bewogen haben, die ihm durch den Staatspräsidenten angebotene Regierungsbildung abzulehnen. Der Marschall stellt neuerdings fest, daß er von einer angeborenen Abscheu gegen das Parlament und seine sogenannten Arbeitsmethoden erfüllt sei und äußert sich in überaus abfälliger Weise über die Abgeordneten, die, wie er sagt, die Leute wie Lumpenhunde überfielen und das Wort „Ehre" aus ihrem Wörterbuch gestrichen hätten. Seinerzeit hätten ihn, so erzählt der Marschall, Leute gebeten, Trompezynski und noch einige andere Herren erschießen zu dürfen. Als er ihnen dieses verbot, haben mehrere von ihnen Selbstmord verübt. Zum Schluß erklärte Pilsudski, er habe dem Staatspräsidenten geantwortet, daß er nur für den äußersten Fall bereit sei, sich ihm zur Verfügung zu stellen.

*

Szymanski mit der polnischen Kabinettsbildung beauftragt.

T **Warschau**, 18. März. Die Zivilkanzlei des Staatspräsidenten teilt mit: Der Staatspräsident hat den Senatsmarschall Professor Julian Szymanski beauftragt, das neue Kabinett zu bilden.

Der Regierungsblock hat in seiner Sitzung beschlossen, sich allen Versuchen, während der durch das Parlament hervorgerufenen Kabinettskrise eine Sejmsitzung abzuhalten, mit den allerschärfsten Mitteln zu widersetzen. Der Regierungsblock erklärt, der Sejm habe durch willkürliches Hervorrufen der Regierungskrise selbst seine Arbeit unterbrochen und habe deshalb kein Recht, jetzt zu tagen.

Wissel desavouiert Moldenhauer.

Eine Ministerrede, die ein Privatmann hielt?

)(**Berlin**, 18. März.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wird jetzt der Nachtragshaushalt des Reichsarbeitsministeriums beraten. Nun hat der Reichsrat bekanntlich beschlossen, den Reichsbeitrag für die Steigerungsbeträge in Höhe von 22½ Millionen Mark auf die 50 Millionen, die der Invalidenversicherung aus der Lex Brüning zufließen, in Anrechnung zu bringen, so daß die Zuschüsse zur Invalidenversicherung um diesen Betrag gekürzt würden. Die Reichsregierung hat in dieser Frage keine Doppelvorlage in den Reichstag eingebracht. In der Ausschußsitzung beantragten heute die Sozialdemokraten, den Reichsratsbeschluß wieder rückgängig zu machen. Vom Zentrum wurde darauf erklärt, daß durch den sozialdemokratischen Antrag eine neue Lage geschaffen sei. Aus den Ausführungen des Reichsarbeitsministers am Montag gehe hervor, daß er eine andere Auffassung vertrete, als der Reichsfinanzminister. Man könne deshalb über diese Frage erst entscheiden, wenn man den Standpunkt des Kabinetts kenne. In der weiteren Aussprache erwiderte auf verschiedene Anfragen der Sozialdemokraten Reichsarbeitsminister Wissell, daß der Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer in Hamburg nicht als Minister, sondern als Privatmann gesprochen habe. Von der Notwendigkeit eines organisatorischen Umbaues der Arbeitslosenversicherung, von der der Minister gesprochen habe, habe er nichts gespürt. Der ganzen Kritik über Mißstände in der Arbeitslosenversicherung scheine die erforderliche Sachkunde völlig zu fehlen.

Diese Desavouierung des Reichsfinanzministers Moldenhauer hat in parlamentarischen Kreisen größtes Aufsehen erregt. Bekanntlich hatte Dr. Moldenhauer in seiner Hamburger Rede am Sonnabend programmatische Ausführungen über das Finanzprogramm der Reichsregierung gemacht und u. a. zur Frage der Arbeitslosenversicherung mitgeteilt, daß zurzeit eine Prüfung der Reichsanstalt durch den Reichssparkommissar stattfinde und dem Vorstand der Reichsanstalt aufgegeben sei, auch seinerseits Vorschläge über eine anderweitige Festlegung der Leistungen zu machen. Heute erklärte im Ausschuß Reichsarbeitsminister Wissell, daß Moldenhauer in Hamburg nicht als Minister, sondern als Privatmann gesprochen habe und daß er, Wissell, von der Notwendigkeit eines organisatorischen Umbaues der Arbeitslosenversicherung nichts gespürt habe. Diese aufsehenerregende Desavouierung eines Kabinettsmitgliedes durch das andere führte zur Vertagung der Ausschußverhandlungen, da sich die Hinzuziehung des Reichsfinanzministers zu den Beratungen als notwendig erwies.

In der Aussprache erklärte der Zentrumsabgeordnete Dr. Köhler, daß offenbar der Reichsarbeitsminister einen Teil seines Haushaltes nicht zu vertreten in der Lage sei. Der deutschnationale Abgeordnete Schmidt-Stettin erklärte, daß es vollkommen unmöglich sei, der Oeffentlichkeit zuzumuten, einen Unterschied zu machen, ob ein Minister als solcher oder als Privatmann gesprochen habe. Für die Deutsche Volkspartei sprach sich Abg. Morath für die Absetzung der mit der Arbeitslosenversicherung zusammenhängenden Haushaltskapitels aus, weil durch die sozialdemokratische Anfrage über die Rede des Finanzministers in Hamburg und die Antwort des Reichsarbeitsministers eine Lage entstanden sei, die die Fortsetzung der Aussprache über die Arbeitslosenversicherung in Gegenwart des Reichsfinanzministers notwendig mache.

*

Kein Vorwärtskommen mit der Arbeitslosenversicherung.

Von unserer Berliner Redaktion.

× **Berlin**, 18. März. (Drahtb.)

Die laufende Woche wird, soweit sich die politische Situation übersehen läßt, voraussichtlich ohne irgendein greifbares Ergebnis verlaufen. Die Verhandlungen unter den Vertretern der Regierungsparteien über das Finanzprogramm, besonders über die Regelung der Arbeitslosenversicherung, wurden zwar fortgesetzt, konnten jedoch nicht zu Ende geführt werden.

Wie wir aus gut unterrichteter Quelle erfahren, stellt die Deutsche Volkspartei bezüglich der Arbeitslosenversicherung Forderungen, die ihrer bisherigen Haltung nicht ganz entsprechen. Zunächst wünscht die Volkspartei, daß die Verpflichtung des Reiches zur Darlehnsgewährung an die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung fortfallen soll. Im Reichshaushalt für 1930 soll ein bestimmter Satz für die Darlehnsgewährung festgesetzt werden. Weiter soll der Vorstand der Reichsanstalt beschließen können, daß der Beitrag von 3½ Prozent über den 30. Januar hinaus weiter beibehalten wird. Schließlich fordert die Volkspartei, daß sich die Einnahmen und Ausgaben der Reichsanstalt im Rahmen dieser von ihr gemachten Vorschläge bewegen sollen.

In der darauf einsetzenden Diskussion nahmen Vertreter der Sozialdemokraten, da sie nicht rechtzeitig erreicht werden konnten, nicht teil. Dagegen waren Vertreter des Reichsfinanzministeriums und des Reichsarbeitsministeriums anwesend. Am Ende der Aussprache wurden folgende Beschlüsse gefaßt, die als weitere Diskussionsgrundlagen dienen sollen:

Die Verpflichtung des Reiches auf Zuschußgewährung bleibt bestehen. Wenn der Bedarf der Reichsanstalt aus den Beiträgen und dem Notstock nicht gedeckt werden kann, dann ist der Reichszuschuß zu gewähren in einer Höhe, die jährlich im Haushaltsplan festgesetzt wird. Uebersteigt der Bedarf der Anstalt infolge unvorhergesehener Umstände den Zuschuß des Reiches und die Einnahmen aus eigenen Mitteln, so ist der erforderliche Mehrbetrag auf dem Wege des Nachtragshaushalts aufzubringen. Bei der Beitragshöhe soll die Zahl 3 durch 3½ ersetzt werden, d. h. der bisherige Schwebezustand soll für dauernd beibehalten werden. Um den Ausgleich zwischen den Einnahmen und Ausgaben herbeizuführen, soll der Vorstand der Reichsanstalt ermächtigt werden, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Er kann auch dann von den Vorschriften des Satzes abweichen, darf jedoch eine allgemeine Herabsetzung oder Kürzung der Leistungen nicht vornehmen. Der Reichszuschuß soll für 1930 150 Millionen betragen und auf dem Wege über die Reichsbahnvorzugsaktien aufgebracht werden.

Im großen und ganzen bewegt sich dieses Ergebnis der Aussprache in den bisher bekannten Bahnen. Es war daher vorauszusehen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, nachdem sie von den Vorschlägen unterrichtet worden war, eine ablehnende Haltung einnahm. In dieser Woche werden die Verhandlungen nicht weiter fortgeführt. Man hofft, daß die von der Deutschen Volkspartei gebilligten Vorschläge auf dem Parteitag der Volkspartei ebenfalls Zustimmung finden werden. In der nächsten Woche wird lediglich mit Verabschiedung der neuen Steuergesetze gerechnet. Die Hoffnung auf eine Erledigung der Arbeitslosenversicherungssanierung ist nicht besonders groß.

*

Zunächst ein Notetat.

— **Berlin**, 18. März. Dem Reichsrat ist jetzt der Entwurf eines Reichshaushaltsgesetzes für 1930 zugegangen, dem die einzelnen Etats wie üblich als Anlagen hinzugefügt sind. Allerdings fehlt darunter noch die Gesamtübersicht des Haushaltsplans und auch einige wichtige Einzeletats muß die Reichsregierung noch nachliefern, darunter den Etat des Arbeitsministeriums, den des Finanzministeriums und den des Verkehrsministeriums, also gerade Haushaltspläne, die umstrittene Ausgaben enthalten. Die Haushaltspläne werden nun zunächst von den einzelnen Länderregierungen geprüft, und erst wenn die Reichsratsbevollmächtigten die Instruktionen von ihren Regierungen erhalten haben, kann die Beratung des Etats in den Reichsratsausschüssen beginnen. Das dürfte etwa am Freitag, dem 4. April, der Fall sein. Die Unmöglichkeit, den Haushalt 1930 noch rechtzeitig vor dem 1. April zu verabschieden, steht ja schon seit langem fest. Infolgedessen ist ein Notetat für die Uebergangszeit erforderlich. Die Beratung dieses Notetats in den Reichsratsausschüssen wird wahrscheinlich am nächsten Samstag stattfinden, sodaß das Reichsratsplenum den Notetat in einer Sondersitzung am nächsten Montag verabschieden könnte. Auch das Moldenhauersche Steuersenkungsgesetz ist dem Reichsrat bereits angekündigt. Seine Ausschußberatung dürfte am Ende der nächsten Woche beginnen.

Der Reichsparteiausschuß der Deutschen Zentrumspartei.

Von unserer Berliner Redaktion.

× **Berlin**, 18. März. (Drahtb.)

Der Reichsparteiausschuß der Deutschen Zentrumspartei ist nunmehr endgültig für den 6. und 7. April nach Berlin einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht die Besprechung der Lage der Partei, sowie Beratungen über politische Fragen.

Der Verwaltungskostenbeitrag.

Von unserer Berliner Redaktion.

:: **Berlin**, 18. März. (Drahtb.)

Die interfraktionellen Besprechungen der preußischen Regierungsparteien über die Realsteuern wurden am Dienstag weitergeführt. Bekanntlich haben die Deutschnationalen die Einführung eines Verwaltungskostenbeitrages, der von den Festbesoldeten eingezogen werden soll, verlangt. Dieser Vorschlag fand den Beifall einiger Regierungsparteien. Sollte es zu einer Erhebung eines solchen Beitrages kommen, so müßte nach der Auffassung der preußischen Zentrumsfraktion auf jeden Fall eine weitgehende Berücksichtigung der einzelnen Fälle Platz greifen.

Die bisher gemachten Vorschläge lassen sich folgendermaßen charakterisieren: Zu den Verwaltungskostenbeiträgen sollen grundsätzlich alle wahlberechtigten Bürger herangezogen werden, die sich selbständig unterhalten und deren Einkommen eine gewisse Höhe übersteigt. Soziale Gründe sollen bei der Befreiung maßgebend sein. Als Vorbild für den Verwaltungskostenbeitrag dient eine Steuer, die in mehreren bayerischen Gemeinden schon seit langer Zeit erhoben wird. Der ganze Plan geht von der Auffassung aus, daß jeder Bürger soweit wie möglich zu den Verwaltungskosten, wenn auch in geringem Umfang, beitragen soll, um auf diese Weise Interesse an der Finanzgebarung der Gemeinden zu gewinnen. Die Befürworter der Erhebung eines Verwaltungskostenbeitrages glauben, daß durch diese Kopfsteuer die sehr hohen Zuschläge zu den Realsteuern zum großen Teil fortfallen könnten. Entscheidende Beschlüsse wurden am Dienstag noch nicht gefaßt. Die Verhandlungen werden am Mittwoch fortgesetzt.

Ausdrücke, die Held nicht gebraucht hat.

× **Berlin**, 18. März. In Nummer 65 der Zeitung „Der Tag" vom 16. März 1930 wird behauptet, der bayerische Ministerpräsident Dr. Held habe auf einer Versammlung der Bayerischen Volkspartei in München folgende Ausführungen gemacht: „Er sei der Ueberzeugung, daß auch fernerhin die Finanzschlemperei in der deutschen Reichsregierung nicht aufhören werde. Privatrechtlich betrachtet sei ein Verfahren, in so leichtfertiger Weise einen Schuldvertrag zu unterzeichnen, wie jetzt die deutsche Reichsregierung mit dem Youngplan getan habe, mit Gefängnis als Betrugsversuch bedroht. Denn es sei ausgeschlossen, und das müsse die Reichsregierung wissen, daß dieser Tributplan jemals erfüllt werden könnte."

Eine Anfrage beim bayerischen Ministerpräsidenten hat ergeben, daß dieser Teil seiner Rede völlig entstellt wiedergegeben worden ist. Der bayerische Ministerpräsident hat es mit Entrüstung abgelehnt, derartige Redewendungen gegen die Reichsregierung gebraucht zu haben. Auch die bayerische Presse, wie z. B. der „Regensburger Anzeiger" und der „Bayrische Kurier", enthält in ihrer Berichterstattung über die Münchener Tagung nichts von solchen Angriffen gegen die Reichsregierung.

Kleine Nachrichten.

Eine Berliner Kommunal-Korrespondenz behauptete heute, daß der vor kurzem aus dem Amte geschiedene Preußische Minister des Innern, Albert Grzesinski, als Kandidat der Sozialdemokraten für den Berliner Oberbürgermeisterposten in Frage käme.

Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung hat den, im preußischen Innenministerium vorbereiteten Entwurf des neuen Selbstverwaltungsgesetzes für die Stadt Berlin, nach dem die Berliner Verwaltung nach dem Muster der Provinzialverwaltung umgeändert und die Bürgermeisterei-verfassung eingeführt werden sollte, durch Annahme eines gemeinsamen Antrages der Sozialdemokraten und der Mittelparteien einstimmig abgelehnt.

Die Gegensätze unter den Jungdemokraten, die dazu geführt hatten, daß ihr Hamburger Führer Erich Lüth aus dem Reichsbund der Jungdemokraten ausgeschlossen wurde und man daran ging, radikal-demokratische Vereinigungen zu gründen, sind dadurch beseitigt worden, daß der Ausschluß Lüths rückgängig gemacht wurde und die Opposition in dem Bundesvorstand eine ausreichende Vertretung erhalten soll.

Nach einer Berliner Reise verschollen.

◆ **Berlin**, 18. März. Die Berliner Polizeistellen beschäftigen sich zur Zeit mit dem Schicksal des Frankfurter Rechtsanwaltes Jakob Lindheimer. Der Rechtsanwalt, ein Mann von 41 Jahren, der zuletzt in der Scheffelstraße 22 zu Frankfurt a. M. wohnte, wird seit dem 17. Januar 1929 vermißt, also seit mehr als einem Jahr. Lindheimer war an jenem Tage nach Berlin gefahren und hatte etwa 10 000 Mk. bei sich. Zu Hause hatte er gesagt, daß er sich in Berlin finanziell an einer Filmgesellschaft beteiligen wolle. Dazu ist es aber allem Anschein nach nicht gekommen. Von Berlin hatte der Rechtsanwalt nach Frankfurt depeschiert, daß man ihn am 19 Januar zurückerwarten könne. Er kam aber nicht und hat bis heute nichts von sich hören lassen. Alle Nachforschungen, die die Familie und die Polizei anstellten, blieben erfolglos. Jetzt ist ein persönlicher Bekannter des Verschwundenen von einer Reise zurückgekehrt mit der erstaunlichen Mitteilung, daß er Lindheimer in dem Pförtner eines Riviera-Hotels wiedererkannt haben will. Irgendwelche Verfehlungen hat der Rechtsanwalt sich nicht zuschulden kommen lassen. Daß er einem Verbrechen zum Opfer gefallen sei, oder Selbstmord verübt hat, wird als unwahrscheinlich bezeichnet.

Neue Ueberschwemmung in Frankreich

— **Poitiers**, 17. März. Infolge der anhaltenden Regengüsse führt der Clain-Fluß Hochwasser. Die niedriggelegenen Stadtviertel von Poitiers sind überschwemmt, und die im Erdgeschoß oder im ersten Stock wohnenden Familien mußten ihre Wohnungen räumen. Eine Spinnerei ist von den Fluten eingeschlossen, und die Arbeiter sind von jedem Verkehr abgeschnitten. Das Wasser hat auch die Landstraßen überschwemmt. Poitiers ist nach mehreren Seiten vom Verkehr abgeschnitten. Der Vienne-Fluß hatte bei Catellerault heute mittag einen um 3,50 m höheren Wasserstand als gewöhnlich erreicht, und auch in dieser Stadt sind die niedrig gelegenen Vororte überschwemmt.

Ansteigen der Seine.

◆ **Paris**, 18. März. Infolge des Steigens der Yonne und des Loing ist auch die Seine angeschwollen. An einer Stelle in Paris steht sie 1,26 m über dem gewöhnlichen Stand. Man rechnet mit einem weiteren Steigen, ohne daß Befürchtungen für die anliegenden Häuser bestehen, weil alle notwendigen Vorkehrungen getroffen sind, und bei der vorgeschrittenen Jahreszeit mit Ueberschwemmungen kaum noch zu rechnen ist.

Aus der Heimat.

4. Schulungstagung der Zentrumspartei für den Amtsbezirk Liedern-Werth.

n. **Bocholt**, 19. März. Am vergangenen Sonntag fand im Arbeitervereinshause St. Paulus zu Bocholt die 4. Schulungstagung für die Zentrumsfreunde aus dem Amtsbezirk Liedern-Werth statt. Geleitet wurde die Tagung von dem verdienten Vorsitzenden Herrn Pfarrer Heling-Werth, der allen Teilnehmern ein herzliches Wort der Begrüßung widmete. Wenn auch die Besucherzahl zu wünschen übrig ließ, die Fastenpredigten in Bocholt und andere Veranstaltungen haben gewiß dazu beigetragen, so war doch der Verlauf und Inhalt der Schulungstagung ein besonders guter und anregender. Herr Parteisekretär van Dillen-Recklinghausen, der an Stelle des verhinderten Abgeordneten Brockmann das Referat übernommen hatte, führte die Teilnehmer in den Ideenkreis der einzelnen politischen Parteien Deutschlands ein. Insbesondere behandelte Herr van Dillen die Entstehung der Rechtsparteien, deren Entwicklung und augenblickliche Struktur.

Ein eigentliches politisches Leben ist in Deutschland erst gegen Anfang der 60 Jahre des vorigen Jahrhunderts festzustellen Zu diesem Zeitpunkt entstanden auch die einzelnen politischen Parteien. Die wichtigsten und hauptsächlichsten Parteirichtungen in den Anfängen des politischen Lebens in unserem Vaterlande waren: 1. Die Konservativen. 2. Die Liberalen, 3. Das Zentrum. 4. Die Sozialdemokraten. Während die beiden letzten Gruppen auch heute noch Gestalter des politischen Lebens sind, sind die beiden ersten Parteigebilde wenigstens dem Namen nach vollständig aus der Politik verschwunden, wenn auch ihre Ideen in der einen oder anderen rechtsgerichteten Parteigruppe fortleben. Bei der Charakterisierung der Rechtsparteien war die Feststellung des Redners interessant, daß schon damals eine Vielheit von Meinungen und Organisationsformen, insbesondere im Rechts-Parteilager, vorhanden war. Es ist also nicht richtig, wenn die Gegner der heutigen Demokratie und der parlamentarischen Regierungsform behaupten, die Zersplitterung im heutigen politischen Leben sei durch das parlamentarische System herbeigeführt. Die vielen Parteibezeichnungen in der Vergangenheit, insbesondere im Rechtslager, beweisen am besten die Unwahrhaftigkeit einer solchen Behauptung. — Die Konservativen der damaligen Zeit gliederten sich in folgende Richtungen: 1. Die Deutsch-Konservativen. 2. Die Frei-Konservativen. 3. Die Christlich-sozialen. 4. Die National-sozialen. 4. Die Antisemiten.

Im liberalen Lager war die Verschiedenheit der politischen Meinungen und Auffassungen nicht minder groß. Sie wurde von folgenden Parteigruppen des Liberalismus vertreten, die teils zahlenmäßig sehr stark bzw. weniger stark in den einzelnen Parlamenten der Vorkriegszeit zur Geltung gekommen sind. So sind besonders zu nennen: Die deutsche Fortschrittspartei, Die National-liberale Partei, Die Freisinnige Vereinigung, ferner Freisinnige Volkspartei und Fortschrittliche Volkspartei. — Der politische Umsturz im Jahre 1918 brachte auch grundlegende Veränderungen in den einzelnen politischen Parteien mit sich. Von diesen Veränderungen und Neugestaltungen wurden besonders die Rechtsparteien betroffen. Von den Rechtsparteien der Vergangenheit besteht der Form und dem Namen nach kaum irgendeine Gruppe. Lediglich die Ideen der Vergangenheit, insbesondere diejenigen von den Konservativen und Liberalen, sind lebendig geblieben. Wir finden sie heute vertreten in der Deutschnationalen Volkspartei und in der Deutschen Volkspartei, zum Teil auch noch in der Demokratischen Partei. Augenblicklich befindet sich die Deutschnationale Volkspartei in einer schweren Krisis, hervorgerufen durch die Politik der Versprechungen und unwahren Agitationsmethoden der Vergangenheit. Hugenberg, der deutschnationale Parteiführer, hat an dieser Krise besonderen Anteil. Vielleicht mag auch der Vorstoß der gläubigen Protestanten, eine Partei auf weltanschaulicher Grundlage zu bilden, mit dazu beigetragen haben. Die Stärke und Größe, die die Deutschnationale Volkspartei 1924 hatte, wird sie bestimmt nicht wieder erreichen. Aber auch die Deutsche Volkspartei scheint in einer Umbildung begriffen zu sein, denn die Auslassungen über einen Zusammenschluß der Deutschen Volkspartei mit der Demokratischen Partei wollen nicht verstummen.

An die beifällig aufgenommenen Ausführungen entwickelte sich eine gute Aussprache, in der vor allem auf die Tatsache hingewiesen wurde, daß die Rechtsparteien der Vergangenheit von ihrer Katholikenfeindlichkeit trotz Aenderung des Firmenschildes nichts preisgegeben haben, (Haltung der Deutschnationalen Preußenfraktion beim Konkordatsabschluß, Deutsche Volkspartei und Schulfrage) und daß die heutigen Rechtsparteien dieselbe Einschätzung von den Katholiken erfahren müssen, die Professor Lauscher bei einer Debatte im preuß. Landtage folgendermaßen charakterisierte: „Nach links haben wir unsere Weltanschauung zu verteidigen, nach rechts aber unsere Konfession." — Am letzten Sonntag im April soll dann Herr Landtagsabgeordneter Brockmann das Schulungsprogramm mit einem Vortrage über die Kulturpolitik in Deutschland beenden. — Im Herbst soll in den Schulungsvorträgen die geschichtliche Entwicklung des Zentrums aufgezeigt werden, ferner die Linksparteien, Sozialisten, Kommunisten usw.

Aenderung der Handwerksnovelle.

* **Bocholt**, 19. März. Die Niederrheinische Industrie- und Handelskammer teilt mit: Das vom Reichstag am 25. Februar 1930 beschlossene Gesetz zur Aenderung der Handwerksnovelle ist am 13. März 1930 im Reichsgesetzblatt Teil I Nr. 6 Seite 31 veröffentlicht. Das Gesetz tritt somit am 14. März 1930 in Kraft. Der Gewerbetreibende, gegen dessen Eintragung in die Handwerksrolle lediglich von der Industrie- und Handelskammer Einspruch eingelegt worden ist, kann somit, wenn er nicht in die Handwerksrolle eingetragen werden will, bis zum Donnerstag, den 27. März 1930 einschließlich, der Handwerkskammer die Zustimmung zu diesem Einspruch erklären. Einer solchen Zustimmung bedarf es nach dem Gesetz dann, wenn die Eintragung vermieden werden soll in allen jenen Fällen, in denen der Gewerbetreibende nicht selbst den Einspruch eingelegt hat, sondern dieser Einspruch nur durch die Industrie- und Handelskammer erfolgt ist. Daß der seinerzeitige Einspruch der Industrie- und Handelskammer im Einverständnis mit dem Gewerbetreibenden erfolgt ist, genügt nicht.

Arbeitsamt — Berufsberatung.

k. **Bocholt**, 19. März. Eine Anzahl junger Menschen verläßt jedes Jahr die Schule, um sich im Berufsleben eine Stellung zu suchen. Groß ist ihre Hoffnung, den „richtigen" Beruf zu finden. Der Beruf soll ihnen Berufung sein und zur späteren Lebensaufgabe werden. Diese Berufung liegt in der Erkenntnis der gesellschaftlichen Notwendigkeit der zu verrichtenden Arbeit und in dem lebendigem Bewußtsein zur solidarischen Mitarbeit am Ganzen, was jeder Arbeit die notwendige soziale Würdigung verleiht. Infolge der leider heutigen ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse, der außergewöhnlich großen Arbeitslosigkeit bereitet die Berufswahl der Jugendlichen, die Ostern 1930 die Schule verlassen, erhebliche Schwierigkeiten. Die Berufswünsche sind mannigfaltig. Man beobachtet heute sehr oft, daß sich die jungen Berufsanwärter lieber einer angelernten oder ungelernten Arbeit als einer gelernten Facharbeit zuwenden. Hierzu muß aber bemerkt werden, daß es eine irrige Auffassung ist, daß die angelernten oder ungelernten Berufe eine bessere Aussicht böten, als diejenigen, die mit einer Berufslehre verbunden sind. Nicht dem ungelernten, sondern demjenigen Arbeiter ist eine weitere Verwendungsbasis und eine größere Umstellungsfähigkeit gegeben, der einmal in seinem Leben mit den Grunderfordernissen der technisch wirtschaftlichen Arbeit vertraut gemacht wurde und wenigstens auf seinem Berufsgebiet systematisch Erfahrungen sammeln konnte. Ueber die künftigen Berufsaussichten der einzelnen Berufe kann man heute jedoch nichts Endgültiges sagen, da alle Berufe sich den Anforderungen von Wirtschaft und Technik anpassen müssen und sich somit in einem dauernden Bewegungszustand befinden. Bei den Berufen, die mit einer vorangehenden Berufslehre verbunden sind, ist der Lehrling für die Dauer der Lehrzeit, meist aber auch noch darüber hinaus den Schwankungen des Beschäftigungsgrades und den Folgen der Arbeitslosigkeit nicht ausgesetzt, während der angelernte oder ungelernte Arbeiter schon von seinem ersten Erscheinen auf dem Arbeitsamte an damit rechnen muß. Aufgabe der öffentlichen Berufsberatung bei all diesen Fragen ist es, aufklärend und ausgleichend unter den Berufsanwärtern zu wirken und der Jugend bei der gegenwärtig herrschenden großen Berufsnot ratend zur Seite zu stehen. Die vor der Schulentlassung stehenden Jugendlichen und ihre Eltern wie auch die Arbeitgeber werden auf die Tätigkeit der Berufsberatung beim hiesigen Arbeitsamt nachdrücklichst hingewiesen. **Bei dieser Gelegenheit weisen wir nochmals auf die bereits angekündigten Besprechungen, die im hiesigen Arbeitsamt, Kaiser Wilhelmstr. 37 am heutigen Tage stattfinden, hin, an denen ein Fachpsychologe der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung teilnehmen wird.**

Magirus-Feuerwehr-Kolonne.

* **Bocholt**, 19. März. Auf der Durchreise durch Bocholt wurde vorgestern die Magirus-Feuerwehr-Kolonne der hiesigen Feuerwehr und den Interessenten aus der Umgebung gezeigt. — Die Kolonne besteht aus 4 Fahrzeugen und zwar einem Auto-Mannschaftswagen mit geschlossenem Aufbau und dahinter befindlichen großen Kasten zur Unterbringung von Kleinmotorspritzen, angehängt wird noch eine Kleinmotorspritze auf Fahrgestell mitgeführt. Als zweites Fahrzeug sah man eine Automobil-Spritze mit einer Pumpenleistung von 1200 l. pro Minute bezw. 1000 Liter bei 80 m manometr. Förderhöhe. Das dritte Fahrzeug war eine Automobil Drehleiter für 20 m. Steighöhe. Das Aufrichten, Ausziehen, Einlassen und Ablegen wird maschinell betätigt. — Sämtliche Fahrzeuge haben 2½ to. Magirus-Fahrgestell mit einem modernen Sechszylinder-Magirus Motor. Das vierte Fahrzeug ist ein Mannschafts- und Gerätewagen auf einem 1½ to. Fahrgestell, ebenfalls mit einem modernen Sechszylinder-Motor von 55 PS.-Leistung. Auch bei diesem Fahrzeug ist Platz hinter den Sitzbänken zur Mitnahme einer Kleinmotorspritze. Sämtliche Fahrzeuge erregten allerseits großen Beifall und sind vollständig in eigenen Werken der Firma C. D. Magirus A.-G., Ulm a. d. Donau hergestellt.

Kampf den Raupennestern.

* **Bocholt**, 19. März. Die Raupenplage, welche eine große Gefahr für Obst- und andere Bäume bedeutet, hat sich in hiesiger Gegend trotz jahrelanger Bekämpfung noch wenig vermindert. Wenn auch viele Grundstücksbesitzer und Pächter ihre Pflichten nach besten Kräften erfüllt, d. h. ihre Bäume, Sträucher und Hecken von den Schädlingen gesäubert haben, so gibt es trotz wiederholter Hinweise und Ermahnungen doch noch Gartenbesitzer, die mit den Säuberungsarbeiten im Rückstande geblieben sind. Grade diese sind es, die die aufgewendete Mühe der anderen zunichte machen. Schon in allernächster Zeit, durch die außerordentlich milde Witterung begünstigt, werden die jungen Raupen ihre schützenden Winterquartiere verlassen, ihre Zerstörungswerk mit großer Freßlust beginnen und auch leider ihren Nachwuchs ins Ungemessene vermehren, dank der Gleichgültigkeit und Bequemlichkeit solcher, die für Gemeinschaftsarbeit kein Interesse haben. Durch unverzügliches Ausschneiden und Verbrennen der Raupengespinste kann der drohenden Gefahr noch entgegen getreten werden. Nur wenn dies mit dem erforderlichen Eifer geschieht, wird nach dem Grundsatz gehandelt: Einer für Alle, Alle für einen.

Kath. Gesellenverein.

* **Bocholt**, 19. März. Die Probe für die Gesangabteilung findet am Donnerstag abend erst nach Beendigung des Vortrages von Prof. Dr. Raederscheidt etwa gegen 9.30 Uhr statt.

---

* **Aschebergs**. 19. März. **Diebische Elstern.** Einem hiesigen Landwirt wurden in kürzester Zeit aus verschlossenen Behältern Schmucksachen im Werte von über 1000 Mk. gestohlen. Den Bemühungen der Polizei gelang es die Diebinnen, 3 bei dem Landwirt beschäftigte Hausangestellte, zu überführen und dem Bestohlenen die Wertgegenstände zurückzugeben.

* **Gronau**, 19. März. **Beim Anprall vor den Baum geklatscht.** Auf der Ochtruper Straße ereignete sich ein schwerer Unfall mit tödlichem Ausgang. Bei dem Versuch einen Radfahrer zu überholen, fuhr der Stukkateur Jansen gegen einen Baum und erlitt so schwere Verletzungen, daß er auf dem Transport zum Krankenhaus bereits verstarb.

Katholische Jugendgemeinschaft.

Bezirk Bocholt.

Unter diesem Titel werden in Zukunft in der Mittwochsausgabe dieser Zeitung 8- oder 14-tägig einschlägige Artikel erscheinen; sie sind von unserer kath. Jugend, für unsere katholische Jugend und für unser katholisches Volk; es soll hier berichtet und erzählt werden aus dem Leben und Schaffen und Wollen der kath. Jugend des Bezirkes Bocholt, auch von ihrer Not und dem Ringen, von ihrer Anschauung etisch-moralischer Fragen wie Familie, Sport, Arbeit usw; angrenzende Gebiete des geistigen, sozialen, politischen Lebens sind nicht ausgeschlossen. — Unser kath. Volk soll von seiner Jugend wissen, sie mehr kennen lernen, um an ihrem Wollen, Ringen inneren Anteil nehmen zu können; wir katholische Jugend stehen mitten im Volk; das ist Ziel: enge, organische Verbundenheit von Jugend und Volk, Jung und Alt, Volksaktion! Wir sind darum der Presse dankbar, die uns diese Spalte für unsere Zwecke zur Verfügung stellt; den Dienst, den sie uns erweist, erweisen wir ihr wieder. Möge unser Beginnen gesegnet sein durch den, von dem es Matth. 17,5 heißt: „. . . . der geliebte Sohn, an dem ich mein Wohlgefallen habe"; Ihn wollen wir hören.

*

Unsere Sturmscharen: „Wir wollen zu Land ausfahren über die Fluren weit" — die Wanderzeit beginnt bald wieder; wir freuen uns schon darauf. Nur muß man es richtig verstehen zu wandern, dann bringts einem auch rechten Gewinn für Leib und Seele. Ein Wanderkursus im Bezirk, von einem echten Wanderführer geleitet, wird uns darüber belehren. Beginn: Montag, 12. Mai, 20 Uhr, im Gesellenhaus für alle Wanderer des Bezirkes. Meldung und Namenabgabe bei der Bezirksleitung Karolingerstraße 6 bis zum 10. Mai.

*

Aus dem Berichte der Diözesangemeinschaft zu Münster am 18. und 19. Januar 1930. Die Frage unserer „Sturmscharen" soll auf der zu Dorsten am 30. März stattfindenden Vorstandssitzung unter Hinzuziehung der Führer der „Sturmscharen" durchsprochen werden. Jeder Bezirk möge umgehend die bestehenden Sturmscharen und Wandergruppen nach hier berichten, ebenso Name und Anschrift des Führers. Einige Angaben fehlen noch beim Bezirk; also bitte melden.

*

Unser **Diözesantag** findet statt am Sonntag, den 4. Mai, in Dülmen. Thema: Der Jungmann in der Gemeinschaft.

*

Neudeutschland. Am Freitag, den 7. März, besuchte unser Bundesleiter, Prälat Prof. Zender aus Düsseldorf, die hiesige Gruppe; am nachmittag bei den Jungen; am Abend vor den Eltern, nur vor diesen; ohne großen, äußeren Rahmen; wir machen nicht in „Vereinsbetrieb". Zenders Referat behandelte Werden und Wachsen und Programm des Bundes. Die Ansprache verlief recht anregend und fruchtbar.

*

Für unsere Schulabiturienten. „Der Magistrat der Stadt Münster bestellt." Für die kommenden Ostern zur Entlassung gelangenden Knaben der Volksschule bitten wir um Lieferung von insgesamt 370 Exemplaren der Zeitschrift „Am Scheidewege." Zusendung der Zeitschrift erbitten wir unter Beifügung der Rechnung jedesmal an das städtische Schulamt in Münster i. W.

*

Kundgebung für die Deutsche Republik. Am Sonntag, den 9. März, hielt die kath. Jugend des Kreises Saarlouis eine große Kundgebung für die Deutsche Republik ab. Unter den Klängen der Fiedeln und Klampfen marschierte die Sturmschar mit einem Lied aus dem Bauernaufstand festen Schrittes in den Saal, voran die wehende Sturmfahne mit dem Christuszeichen und das Banner der Deutschen Republik. Nach der Lesung aus der Hl. Schrift wechselten Lieder, Gedichte, Sprechchöre. Prof. Dessauer sprach von wahrer Vaterlandsliebe, von der weittragenden Verantwortung und Pflicht Volk und Staat gegenüber. Das Teellspiel der Schweizer Bauern von Weinrich beschloß die eindrucksvolle Kundgebung. Wir an der Grenze!

*

Auch eine „Statistik"! Ecke Kreuzstraße! Das Bild des Welterlösers mahnt anklagend, drängend uns Erdenpilger. Am letzten Sonntag wars! Zwischen 11—12 Uhr eilten 341 sonntäglich gekleidete Menschen an dieser Ecke vorbei. Nur 23 davon beachteten, grüßten das Kreuzesbild. 4 Jugendkraftler waren dabei. Das D. J. K. Abzeichen zierte ihre Mütze. — Erweckt diese Tatsache der Nichtbeachtung unseres kath. Symbols nicht betrübende Gedanken in unserer Seele. Sind wir Katholiken so lau, so kalt geworden. Es werde wieder: „Christus, Herr der neuen Zeit!"

*

10 Jahre D. J. K. Am 13. September 1930 vollendet sich das 1. Jahrzehnt des Reichsverbandes Deutsche Jugendkraft. Zu Düsseldorf, am Sitz des Verbandes, soll Anfang September der Tag der Zehn-Jahrfeier festlich begangen werden Rückschau über das Geworbene und Fehlende, über das Geleistete und Nichtgeleistete und dann ein Blick in die Zukunft, auf die großen Ziele, die aus der großen Idee der Deutschen Jugendkraft gegeben sind. Darum die Parole für 1931: In jedem Bezirk sollen in diesem Jahre Karl Mosterts-Kampfspiele stattfinden; in jedem Bezirk soll in diesem Jahre ein Karl Mosterts-Führerkursus stattfinden; in jedem Verein und jeder Abteilung soll in diesem Jahre eine Zehn-Jahrfeier der D. J. K. stattfinden. Möge in allen diesen Veranstaltungen der Geist deutscher Jugendkraft im Sinne Karl Mosterts offenbar werden und uns lebendig machen für die Aufgaben der Zukunft.

Vom Niederrhein.

h. **Isselburg**, 19. März. **Aufbesserung der Pensionen für die Werkspensionäre.** Eine freudige Ueberraschung wurde den Werkspensionären und -Hinterbliebenen der Aktiengesellschaft Isselburger Hütte zuteil. Dem eifrigen Bemühen des Vorstandes der Werkspensionskasse sowie der Werksleitung ist es endlich gelungen, einen namhaften Betrag zur Aufbesserung der monatlichen Pensionen durch das Reichsarbeitsministerium flüssig zu machen. Die Zuschüsse werden den in Deutschland wohnenden Werkspensionären rückwirkend vom 1. April 1929 zu der laufenden Pension gezahlt. In anerkennenswerter Weise hat auch die Firma zur Aufbesserung der Pensionen beigetragen, indem sie ebenfalls einen Zuschuß leistet, der zusammen mit der staatlichen Beihilfe zur Auszahlung gelangt. Für die zahlreichen Alterspensionäre und Hinterbliebenen des Werkes, die seit der Geldentwertung nur noch 40 % der Friedenspension bezogen, wird diese Nachricht eine willkommene Aufbesserung ihrer Bezüge bedeuten.

— **Ringenberg**, 19. März. **Sitzung der Amtsvertretung.** Unter dem Vorsitz des Ehrenbürgermeisters Küster, tagte im Lokale Stams in Wesel die Amtsvertretung des Amtes Ringenberg. Zur Beratung und Beschlußfassung standen folgende Punkte: 1. Prüfung und Abnahme der Rechnung für 1928: 2. Feststellung des Haushaltsvoranschlages für das Rechnungsjahr 1930; 3. Wahl eines Mitgliedes zur Teilnahme an der Tagung des Landgemeindetages 1930. Zu Punkt 1 legte der Vorsitzende die Rechnung für 1928 zur Prüfung und Abnahme vor. Eine Vorprüfung derselben hatte schon vor einigen Tagen durch die Gemeindevorsteher stattgefunden. Die Prüfung und Abnahme der Rechnung fand in Abwesenheit des Ehrenbürgermeisters unter dem Vorsitz des Beigeordneten Kröter statt. Sie gab zu Erinnerungen keinen Anlaß. Zu Punkt 2 wurde zuerst der Verwaltungsbericht des Jahres 1929 verlesen. Anschließend trat man in die Beratung des Haushaltsplanes ein. Zur besseren Orientierung war den Amtsvertretern bereits mit der Einladung eine Abschrift des Etatsentwurfes zugesandt. Bemängelt wurden die ausgeworfenen Beträge für Gehälter der Beamten und Angestellten sowie die enormen Fürsorgekosten. Bei dieser Gelegenheit gab der Vorsitzende die Erklärung ab, daß er in Zukunft weder Lehrlinge noch sonstige Kräfte ohne Zustimmung der Amtsvertretung einstellen werde. Zwecks Regulierung der Fürsorgekosten beschloß Versammlung, vierteljährlich die Wohlfahrtsausgaben durch die vereinigten Wohlfahrtskommissionen überprüfen zu lassen. Nach Schluß der Debatte wurde der Haushaltsplan unverändert angenommen. Zu Punkt 3: Zum Delegierten für den diesjährigen Landgemeindetag wurde Gemeindevorsteher Boskamp aus Bislich gewählt. Unter Verschiedenes wurde noch beschlossen, den Mitgliedern des Amtsausschusses und des Arbeitsausschusses für Jugendpflege gelegentlich der Teilnahme an den Sitzungen die Reisekosten zu erstatten.

Turnen, Sport und Spiel.

J. C. Olympia.

Auf das heute Mittwoch abend 9 Uhr in der Turnhalle stattfindende Training wird ganz besonders hingewiesen. Wegen der Wichtigkeit der Angelegenheit ist es Pflicht sämtlicher Aktiven, sich pünktlich einzufinden.

Eine Bocholter Stadtmannschaft gegen den V. f. B. Ruhrort.

Anläßlich des am 30. März stattfindenden Verbandsopfertages wird die Bocholter Städtemannschaft gegen den sonderklassigen V.f.B. Ruhrort ein Gesellschaftsspiel austragen. Man einigte sich auf folgende Zusammensetzung:

Tenbensel

Pehoff — Wehling

Siebel — vom Schemm — Nachtigall

Tenhaken, Stockhorst, B. v. d. Heyden, Ewig, Knüfing

Ersatzleute: Elsemann, Abeln, Kampshoff, Simon.

Geschäftliches.

Total-Ausverkauf im Schuhhaus Böcker.

Das Schuhhaus Böcker hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Bocholter Bevölkerung mit orthopädischer Fußbekleidung zu versorgen. Jeder 2. Mensch hat ein Fußleiden. Aus diesem Grunde wird ein Total-Ausverkauf sämtlicher Schuhe veranstaltet (außer orthopädischen) und kommen mehere Tausend Paar Schuhe zum Verkauf. Selbst die neuesten und schönsten Modelle kommen mit in den Verkauf und sind die Preise so gewaltig herabgesetzt, damit eine schnelle Räumung von statten gehen kann. Der Ausverkauf beginnt in den nächsten Tagen und wolle man auf die Anzeige in dieser Zeitung achten.

Verantwortlich für den Inhalt: Für Politik Chefredakteur Dr. Mayer, für Feuilleton Josef Hom, für Westdeutschland Fr. Schuhmacher, Münster und das Münsterland Bernhard Kupitz, Münster i. W. Berliner Redaktion: Dr. Häfner, Berlin-Lichterfelde. Verlag: J. & K. Temming, Bocholt. Oertliche Schriftleitung Josef Wells, Postf. 1, für den örtlichen Anzeigenteil Heinz Hüller Bocholt. Druck: „Jenaer" G. m. b. H., Münster i. W.



das sind unsere reinwoll. Kammgarnanzüge
zu 65.00
Sie finden diese hochinteressanten Anzüge in unseren Fenstern.
J. B. Fisser
Nordstr. 39
Das Geschäft für gut angezogene Herren

Fordern Sie ausdrücklich
MAGGI's Fleischbrühwürfel


Achten Sie auf den Namen MAGGI und die rot-gelbe Packung

Im Handelsregister Abt. A Nr. 310 ist am 14. März 1930 bei der Firma Bernhard Blomesath, Bocholt, eingetragen, daß das Geschäft durch Erbgang auf 1. Fräulein Paula Blomesath, 2. Kaufmann Werner Blomesath, beide in Bocholt, übergegangen ist. (1892

Preuß. Amtsgericht Bocholt.

Zwangsversteigerung

Am **Mittwoch, den 19. März 1930, nachmittags 2 Uhr,** werde ich in der Wirtschaft Reidick, Nordstraße (1936

2 Damen-Frisier-Toiletten und 2 Sessel, 1 Klavier und 1 Sofa

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Bothe, Obergerichtsvollzieher.

Landwirte und Gartenbesitzer

Ostpreußische Saatkartoffeln.

In den ersten Tagen treffen wieder mehrere Waggon **Ostpreuß. Saatkartoffeln** ein. Prima handverlesene, anerkannt erste Absaat. Es kommen folgende Sorten zum Verkauf: **späte Modrow, Industrie, frühe Zwickauer, holländische Erstlinge, Odenwälder Blaue,** und auch sonst jede gewünschte Sorte ist zu haben. — Auch habe ich einen Waggon ganz

prima Saathafer

aus dem Osten bezogen und kann meiner Kundschaft selbigen sehr empfehlen.

Goldkern-Hafer

anerkannt erste Absaat, zu staunend billigen Preisen. — Auch jede gewünschte Art von

Sämereien

in höchster Keimfähigkeit, stets auf Lager. Ferner empfehle ich stets vom Lager und Waggon jede gewünschte Sorte von (1874

Dünger- und Futtermittel

in pr. hochprozentiger Ware, zu den äußerst billigsten Preisen.

Aufmerksame Bedienung! :: Billige Preise!

Ww. Bernh. Steverding, Dingden,

Telefon Amt Ringenberg Nr. 21



Achtung!



Freitag, den 21. März, von morgens 7 Uhr an, verkaufe ich auf dem Hofe der Kaffeerösterei Impina

Ia. jg. Schweine

zu äußersten Preisen. k1028

Heinrich Artz,
Spellen.

Empfehle den beliebten u. 1000fach bewährten

MESSING-
WASCHKOMPRESSOR

der Ihre Wäsche in wenigen Minuten rein wäscht, ohne daß dieselbe im geringsten leidet. Er ist der Stolz jeder Hausfrau und darf in keinem Haushalt fehlen.

Preis Mk. 17.50
10 Jahre Garantie.

Zu haben bei

Heinrich Ohlers, Bocholt
Langenbergstr. 381. k1809

Achtung! Lieferwagen!

Eil-transporte, Möbeltransporte, Fahrten jeder Art, auch für Vereine, Ausflügler, werden bei billigster Berechnung prompt ausgeführt. (1927

Gerh. Ketteler,
Dinxperloer Str. 95
Fernruf 2634

Einfamilienhaus

mit kl. Garten oder größeres

Grundstück

eventl. gegen bar **zu kaufen gesucht.**

Offerten erbeten unt. **Nr. 1897** an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Wohnung

2 Zimmer u. Küche, Waschküche u. Vorratsraum, in schönster Lage der Nordallee, für 40 RM. pro Monat, nur an ruh. kinderlose Leute zum 1. April zu vermieten. Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Besseres möbliertes

Zimmer

im Zentrum der Stadt, an anständig. Herrn oder Dame zu vermieten. Preis 25 Mk. Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

---

2 Zimmer

im Erdgeschoß eines Hauses an einer Hauptstr., für gewerbliche Zwecke ab 1. April zu vermieten. Offerten unter Angabe des Benutzungszweckes unter **Nr. 1931** an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Zum 1. April ein leeres

Zimmer

gesucht. Miete kann im Voraus gezahlt werden.

Offerten erbeten unt. **Nr. 1436** an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Größeres

Schaufenster

in Stadtmitte, zwecks Ausstellung für einige Wochen **zu mieten gesucht.**

Angebote erbet. unt. **Nr. 1433** an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Nähmaschinen

liefere ich bedeutend billiger wie hausierende Agenten.

Reparaturen

fachgemäß sofort unter Garantie.

Heinr. Rose, Nobelstr.

Ein Verkaufs-Ereignis von besonderer Bedeutung!

Reste

und Abschnitte zu unerhört niedrigen Preisen in allen Stoff-Abteilungen. Selten gab es eine Gelegenheit zu so günstigem Einkauf. Reste Seidenstoffe, Reste Kleiderstoffe, Reste Zefir und Trikotine, Reste Schürzenzeug, Reste Bettzeug und Inlett, Reste Hemdentuch, Reste Damast, Reste Biber, Reste Leinenwaren, Reste Handtücher, Reste Gardinenstoffe, Reste Dekorationsstoffe, Reste Läuferstoffe u. s. w. in Mengen auf Tischen ausgelegt. Es gibt große und kleine Reste, alles für wenig Geld. Jetzt kaufen heißt sparen!

SB LÖWENSTEIN

Total-Ausverkauf

im

Schuhhaus Böcker

wegen Umstellung auf Orthopädie.

Mehrere 1000 Paar

Herren-, Damen- und Kinderschuhe

kommen zum Verkauf. Die **Preise** sind **ganz enorm** herabgesetzt und jeder hat Gelegenheit, zu

außergewöhnlich niedrigen Preisen

seinen Bedarf in Schuhen zu decken.

Es kommen vorwiegend nur gute Markenwaren zum Verkauf.

k1928



Ein Eigenheim besitzen und ohne Sorgen darin wohnen.

120,8 Millionen RM. für Eigenheime

Für das gleiche Geld, das Sie im allgemeinen für Miete zahlen, können auch Sie sich ein eigenes Heim schaffen und ohne Sorgen darin wohnen; denn die G. d. F.-Darlehen werden unkündbar zu 4% Zins gegeben — mit Lebensversicherungsschutz. — 8086 glückliche Besitzer von G.d.F.-Eigenheimen, Tausende von Dankschreiben bezeugen die Vorteile, welche die G. d. F. bei Bau und Kauf eines Eigenheims oder bei Hypothekenablösung bietet. Verlangen Sie Aufklärungsschrift Nr. 5, von der ältesten, größten und erfolgreichsten Bausparkasse Deutschlands und Österreichs, von der Bausparkasse

GdF **Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot**
Gemeinnützige G.m.b.H., Ludwigsburg/Württ.

Geschäftsstelle Bielefeld, Waldeckstraße 61, Telefon 5775.

14—15jährig. Mädchen vom Lande als

Haustochter

in gute Familie gesucht. Offerten unt. **Nr. 1426** an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Kinderliebes

Mädchen

das zu Ostern aus d. Schule entlassen wird, zu 2 Kindern gesucht. (1938 Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Teppich-Kunststopfer

aus Orient, sucht **Kundschaft.**

Angebote erbeten unt. **Nr. 154** an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Mädchen, 19 J. alt,

sucht Stelle

für nachmittags od. für einige Nachm. in der Woche.

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Junger

Schmied

25 Jahre alt, sucht Stelle als Volontär zur Ausbildung in Fahrradschlosserei.

Angebote erbet. unt. **Nr. 1432** an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Quartett-Verein Bocholt e. V.

Mitglied des Deutschen und des Westf. Sängerbundes.

Leitung: W. Spickermann, Bocholt.

Sonntag, den 23. März 1930, nachm. 6 Uhr (pünktl.), im Saalbau des St. Georgius-Schützenhauses:

2. Winter-Konzert

Volksliederabend.

Ausführende:

Edith Fils, Sopranistin vom Stadttheater Duisburg-Hamborn,

Begleitung der Sologesänge: Maxim Stempel, Düsseldorf, Quartett-Verein Bocholt e. V.

Numerierte Eintrittskarten zu 1.50 RM. und 1.00 RM. in den Buchhandlungen Temming u. Heilborn (linke Saalseite), und Terstegge (rechte Saalseite). Die von den Mitgliedern erworbenen Karten sind in den vorbenannten Buchhandlungen gegen numerierte Karten umzutauschen. (1877

Bocholter Stadtverband für Leibesübungen

Samstag, den 22. März, abends 8 Uhr, im Lokal Theo Opperbeck, Osterstraße

Haupt-Jahresversammlung

Tagesordnung:

1. Jahresbericht. (1935
2. Kassenbericht.
3. Bericht der Obleute.
4. Vorstandswahl.
5. Beratung der eingegangenen Anträge.

Der Vorstand.

Husten Ihre Kinder?

Geben Sie ihnen **Foene-Hustensaft,** der sofort bei Husten, Heiserkeit, Katarrh Linderung verschafft und bei Keuchhusten Hervorragendes leistet.

Flasche 1,75 M

Drogerie Maaß, k1918
Osterstr. 22 Ruf 328

Achtung! Schweine!

Verkaufe **Donnerstag morgen von 8 Uhr ab** eine größere Partie

Ia. Oldenburger Schweine

zu äußerst niedrigen Preisen.

Friedr. Buers,
Dingden.

Fest sitzende (1428

Brut-hennen

suche zu kaufen.

Gerbaulet,
Gut Esing, Tel. 2484

3—4 Monate alten, schönen (1431

Zuchteber

hat zu verkaufen.

Gerh. Kemink,
Suderwick,
Hellweg 58.

Roggen- u. Haferstroh

zu verkaufen. Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Für sofort ein

Schneider-Geselle

gesucht. (1930

Albert Sack jun.,
Dingden 65.

Suche zum 1. Mai einen kath.

jungen Mann

mögl. über 20 J., für alle landwirtschaftl. Arbeiten, der gut m. Pferden umgehen kann. Gute Behandlg. u. hoher Lohn zugesi. Adressen an die Geschäftst. ds. Bl. erb.

Junges, geweckte

Mädchen

von 15—18 Jahren zum Anlernen im Haushalt gesucht.

Nordstraße 17.

Junge Frau sucht einige Stellen zum

Putzen.

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Junger, erfahrener

Maschinist

gelernt. Maschinenschlosser, auch mit Akkumulatoren-Batterien vertraut, **sucht Stellung.**

Offerten erbeten unt. **Nr. 1937** an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Kath. Landwirtssohn, 20 Jahre alt, sucht zum 15. April oder 1. Mai (1427

Stellung

als Acker- oder Pferdeknecht. Selbiger ist in allen landwirtsch. Arbeiterfahren.

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Ja. Mann, 20 J. alt, der bereits einige Jahre in der Landwirtschaft tätig war und mit landwirtschaftl. Arbeiten durchaus vertr. ist,

sucht Stellung.

Es wird mehr auf gt. Behandlung als auf hoh. Lohn ges.

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Um den jedes Jahr in den letzten Wochen vor Ostern einsetzenden Andrang zu vermeiden, bitte ich, schon jetzt **Frühjahrs-Mäntel, Ueberzieher, Jackenkleider, Musseline- und leichte Wollkleider, seidene Kleider, Anzüge usw.** chemisch reinigen oder auf- und umfärben zu lassen. Für den Hausputz chemisches Reinigen von **Teppichen, Portieren, Chaiselonguedecken, Tischdecken in Plüsch, Wolle oder Seide** bei

J. INGENSCHAY

FÄRBEREI u. CHEMISCHE WASCHANSTALT

Fernruf 2347

Casinowall 9 — **Neustraße 9**

k1805